

Lebendige Nutzgegenstände

Zum Wohl der Nutztiere: Sie sind oft von Wunden übersät und unterernährt. Die Hal- tungsbedingungen von Tieren bleiben bei der Entwick- lungen- hilfe oft außer Acht. Das soll geändert werden.

Von Sabine Ludwig

Ziegen, Schafe, Esel, Schweine und Rinder – ihr Besitz ist für Mil- lionen Menschen überlebens- wichtig. Die deutsche Entwick- lungszusammenarbeit (EZ) fördert deshalb im Rahmen der weltweiten Armutsbe- kämpfung deren Nutzung. Allerdings werden einkommensfördernde Maß- nahmen durch die Vergabe von Nutz- tieren selten im Sinne der Tierschutz- gesetze überprüft. Dabei hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt, dass ein funktionierendes Miteinander von Mensch und Tier nur möglich ist, wenn artgerechte Haltung, Respekt und Ehrfurcht vor dem Leben der Tiere auf allen Ebenen umgesetzt werden. Dies fordern auch immer mehr Menschen, die Hilfsorganisationen durch Spenden unterstützen.

Die Internistin und Infektiologin Simone Kann vom Missionsärztlichen Institut in Würzburg hat lange in Äthiopien gelebt. »Was mir dort als Erstes aufgefallen ist, waren die vielen Fuhrwerke, die von Eseln oder Pferden gezogen wurden.« Sie seien oft überladen gewesen, »die Tiere arbeiteten von früh bis spät. Danach wurden sie ausge- schirrt und mussten sich ihr Futter sel- ber suchen«, erzählt Kann. »Die Tiere waren meist in einem erbärmlichen Zustand. Völlig unterernährt, übersät mit Wunden durch das scheuernde Ge- schirr, die kaum versorgt wurden. Die Einstellung zu den Tieren war wie zu einem täglichen Nutzgegenstand und nicht mehr«, sagt die Tropenmedizi- nerin mit Schwerpunkt Internationale Gesundheit und Vernachlässigte Tropen- erkrankungen.

»Viele Tierhalter in den Entwick- lungs- und Schwellenländern, in denen die deutsche Entwicklungszusammen- arbeit tätig ist, können die ihnen anver- trauten Tiere nicht entsprechend ihrer Bedürfnisse versorgen«, sagt Christoph May von der Welttierschutzgesellschaft in Berlin. Dies liege zum einen daran, dass Tierschutz in ihren Ländern bis- lang kaum eine Rolle gespielt habe und daher das Bewusstsein für dieses Thema fehle. »Zum anderen leben viele dieser Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Wenn es um das blanke Überleben geht, gerät das



Der fehlende artgerechte Umgang mit Nutztieren ist in vielen Entwicklungsländern ein verbreitetes Problem – so auch hier auf dem Markt im Landesinneren von Benin in Westafrika.

Foto: Sabine Ludwig

Wohlergehen von Nutz- und Haustie- ren oft aus dem Blick«, sagt May. So sind es häufig die Ärmsten der Armen, die weder Schulbildung noch eine an- erzogene Empathie gegenüber ihren tierischen Schützlingen haben. Die deutsche Entwicklungspolitik hat diese Tatsachen kaum berücksichtigt – bis Corona das Leben veränderte.

»Aus medizinischer Sicht ist eine nicht fachgerechte Tierhaltung pro- blematisch«, sagt die Simone Kann. »Durch sie können zahlreiche oft sehr gefährliche Erkrankungen, wie bei- spielsweise Zoonosen, die jetzt auch für Covid-19 verantwortlich sind, geför- dert werden«, betont sie. »Eine effektive Entwicklungshilfe in der Veterinärme- dizin sollte daher einen ganzheitlichen Ansatz umfassen, der die Aspekte Tier- wohl, Sicherheit, Umwelt und Präven- tion sowie Interaktionen mit anderen Tieren und Menschen beinhaltet.«

Eine Studie im Auftrag der Welttier- schutz-Stiftung unter in Deutschland ansässigen, aber global agierenden Nichtregierungsorganisationen sowie der Deutschen Gesellschaft für Interna- tionale Zusammenarbeit befasste sich 2020 mit dem Einsatz von Nutztieren in Landwirtschaftsprojekten. Nachgefragt wurde, ob begleitende oder verpflicht- ende Maßnahmen für das Wohlerge- hen der vermittelten Tiere sicherge- stellt wurden. Gefragt wurde auch, ob es in diesem Zusammenhang Schulun- gen, die Sicherstellung von Futter oder eine tiermedizinische Versorgung gab.

»Abgesehen von einer Ausnahme verfügte keine der 19 befragten Orga- nisationen über konkrete, verpflicht- ende Vorgaben zur Nutztierhaltung, an die sich die lokalen Projektpartner und Tierhalter halten müssen«, sagt May. Vereinzelt fänden bei einigen Hilfs- werken Tierschutz-Maßnahmen statt. »Dabei handelt es sich jedoch nicht um ganzheitliche Konzepte«, betont er. »Unsere Umfrage und erste Gespräche mit den Organisationen haben aller- dings gezeigt, dass es grundsätzlich eine große Bereitschaft gibt, das Tier- wohl als wichtigen Baustein nachhal- tiger Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.« Deshalb würden jetzt im nächsten Schritt ein Informations- portal aufgebaut, Tierwohl-Leitlinien entwickelt und Pilotprojekte für deren konkrete Anwendung umgesetzt, sagt May. Rund 80 Prozent der an der Studie teilnehmenden Nichtregierungsorga- nisationen beziehen für ihre Nutztier- projekte Fördermittel von deutschen Ministerien. Ein Großteil von ihnen sieht die Politik in der Verantwortung, sich stärker mit Tierwohl zu befassen. »Dazu gehört aber auch eine gute In- frastruktur, die in vielen Entwicklungsländern mangelhaft ist«, sagt Kann. Auch deshalb fehle es an Tierärzten, Tierimpfungen und -medikamenten. »Fleischkontrollen sind meistens un- zureichend oder nicht vorhanden«, erklärt die Infektiologin.

Kann forschte in den letzten Jahren in Kolumbien. »Indigene Bevölke-

rungsgruppen erhielten dort Herden von Rindern, Schafen und Ziegen. Viele Tiere starben, weil sie sich selbst überlassen waren.« Das reiche für eine erfolgreiche Viehwirtschaft nicht aus. »Mittlerweile hat man dazugelernt, aber es wäre besser gewesen, die Tiere nicht einfach zur Verfügung zu stellen, sondern den Aufbau einer Viehwirt- schaft durch Fachleute begleiten zu lassen.«

Durch die Corona-Pandemie ist das Thema mit dem Fokus auf Krankheiten, die von Tiere auf Menschen übertragen werden, noch brisanter geworden. Für viele Hilfsorganisationen geht es mehr denn je darum, artgerechten Umgang mit sogenannten Nutztieren, die Menschen in vielen Teilen der Welt das Überleben sichern, in der bilate-



Die Internistin Simone Kann Foto: Missionsärztliches Institut

ralen Zusammenarbeit in den Fokus zu rücken. Denn nur wenn Tierschutz innerhalb einer nachhaltigen und re- ssourcechonenden Landwirtschaft zum Tragen kommt, wird langfristig glaubhafte Entwicklungshilfe möglich. Und nur diese unterstützen letztend- lich auch Spenderinnen und Spender.

Aus aller Welt

Afghanistan: Nato- Abzug katastrophal

Freiburg (epd) – Der Abzug der Nato-Truppen aus Afghanistan bringt nach Einschätzung von Ca- ritas international Leid und Not für die Menschen im Land. »Aus huma- nitärer Sicht ist dieser überhastete Abzug eine Katastrophe«, sagt Oliver Müller, der Leiter des Hilfswerks. Die Nato hatte vergangene Woche nach einer entsprechenden Entscheidung der USA beschlossen, am 1. Mai mit dem Truppenabzug zu beginnen. Er soll am 11. September abgeschlossen sein. Derzeit sind noch etwa 10 000 Soldaten in Afghanistan stationiert, darunter bis zu 1300 deutsche. »Al- les, was in Afghanistan in den ver- gangenen Jahren erreicht wurde, ist sehr fragil«, erklärte Müller. Nun sei zu befürchten, dass es zu einer wei- teren Eskalation der Gewalt komme, und das Land in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen werde. Bei den humanitären Projek- ten des Hilfswerks zeige sich, dass die Menschen schon jetzt in nahezu allen Lebensbereichen auf Hilfe von außen angewiesen seien.

Hungerkatastrophe in Afrika droht

Genf (epd) – Die Vereinten Natio- nen befürchten in den nächsten Monaten eine Hungerkatastrophe in West- und Zentralafrika. Mehr als 31 Millionen Menschen seien von Le- bensmittelmangel bedroht, warnte der Sprecher des Welternährungs- programms, Tomson Phiri, in Genf. Die Zahl der Hungernden könne um rund 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigen. Schon heute seien zehn Millionen Kinder unter fünf Jahren unterernährt, erklärte Phiri weiter. Die Weltgemeinschaft müsse schnellstens finanzielle Mit- tel bereitstellen, um eine Katastro- phe in der Region abzuwenden. Der WFP-Sprecher betonte, dass massiv gestiegene Lebensmittelpreise den Hunger mit verursachten. Betroffen seien Menschen in Sierra Leone, Ni- geria, Burkina Faso, Mali, Niger und der Zentralafrikanischen Republik.

USA: 170 000 Migranten festgenommen

Washington/Oaxaca (epd) – Die Festnahmen von Migranten an der US-Grenze zu Mexiko haben ein Rekordniveau erreicht. Nach einem Bericht der US-Grenzpolizei CBP hat die Behörde im März 172 000 Men- schen festgenommen, die ohne gül- tige Papiere in das Land einreisen wollten. Damit sei die Zahl um 71 Prozent höher als im Februar, und nach Angaben der US-Regierung liegt sie damit so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Immer mehr Menschen würden vor Gewalt, Naturkatastrophen, unsicherer Er- nährung und Armut aus Mexiko und Zentralamerika flüchten.

Aufgelesen

Kein »Gschmarri«: Mundart-Übersetzer

Lichtenau b. Ansbach (epd) – Der »Arbeitskreis Mundart in der Kir- che« der Evangelischen Landjugend in Bayern hat nach seinen beiden Gesangbüchern auf Fränkisch ein neues Großprojekt im Blick: Bis Weihnachten 2023 sollen »Hundert oder mehr Franken« die Bibel ins Fränkische übertragen. Dazu brau- che es neben den erfahrenen Au- toren und Übersetzern des Arbeits- kreises auch »die Unterstützung vieler Mundartsprecherinnen und -sprecher«. Für die Teilnahme am Projekt »Franken-Bibel« müsse man neben fränkischer Mundart als Mut- tersprache auch eine Leidenschaft für das Buch der Bücher mitbrin- gen, hieß es. Als Vorlage genüge die Lutherbibel.

Blickwechsel von Moritz Elliesen

Weniger Geld aus der Ferne

Geld für Schulbücher, den Arztbesuch oder für Reis, Öl und Hirse: Weltweit sind Menschen in armen Ländern auf das Geld von Verwandten oder Bekannten angewiesen, die im Ausland arbeiten. Doch diese Überweisungen fallen nun vielerorts knapper aus, denn wegen der Corona-Pandemie können Arbeitsmigranten weniger Geld in ihre Heimat schicken. »Das kann zu harten Einbußen in ärmeren Ländern führen«, warnt Felix Braunsdorf, Referent für Migration und Entwicklung bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Im Jahr 2020 sind die sogenannten Rücküber- weisungen (Remittances) so stark gesunken wie nie zuvor, schätzt die Weltbank. Demnach haben Arbeits- migranten etwa 508 Milliarden US-Dollar (427 Milli- arden Euro) in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen überwiesen, ein Rückgang um 7,2 Pro- zent im Vergleich zum Vorjahr. In diesem Jahr könn- ten die Rücküberweisungen laut Weltbank-Prognose um weitere 7,5 Prozent sinken. Das liegt vor allem an den Grenzschließungen und der pandemiebe- dingten Wirtschaftskrise, unter der die weltweit mehr als 270 Millionen Migranten besonders leiden. So mussten sie laut Weltbank in vielen Ländern höhere Einkommenseinbußen hinnehmen als einheimische Arbeitnehmer. Und sie wurden oft von staatlichen Hilfsleistungen ausgeschlossen. »Migranten, die im informellen Sektor arbeiten, trifft die Krise am här- testen«, sagt Braunsdorf.

Allerdings sind die Rücküberweisungen im ver- gangenen Jahr nicht so stark gesunken, wie zunächst angenommen. Zu Beginn der Pandemie hatte die Weltbank einen Einbruch um 20 Prozent prognos- tiziert. Dass die Rücküberweisungen nun um rund zwölf Prozentpunkte weniger gesunken sind, hat verschiedene Gründe. Unter anderem hätten viele Migranten in den Sommermonaten Ersparnisse in ihre alte Heimat geschickt, heißt es im Weltbank-Bericht. Doch langfristig könne der Rückgang dadurch nicht kompensiert werden.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind auf das Geld aus dem Ausland angewiesen. Seit den 1990-er Jahren sind die Rücküberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen kontinu- ierlich gewachsen. Insgesamt übersteigt ihre Summe die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe (2019: 153 Milliarden Dollar) um ein Vielfaches. Daran wird al- ler Voraussicht nach auch der Rückgang während der Pandemie nichts ändern. Fachleute attestieren den Rücküberweisungen einen entwicklungspoli- tischen Mehrwert. »Das Geld wird oft für Schulbücher, den Arztbesuch oder auch Lebensmittel ausgeben«, sagt Benjamin Schraven vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik. »Die Überweisungen aus dem Ausland verbessern das Leben der Menschen vor Ort«, sagt auch Migrationsexperte Braunsdorf. In Län- dern mit schwachem Sozialsystem seien sie zudem ein finanzieller Puffer, um Krisen zu überstehen. Ein



Afrikanische Arbeitsmigranten in Europa oder den USA können immer weniger Geld in ihre Heimat- länder schicken.

Foto: Steffen Schellhorn/epd-bild

Puffer, den Menschen in armen Ländern jetzt auch brauchen, um durch die Corona-Krise zu kommen.

»Normalerweise schicken Arbeitsmigranten wäh- rend Krisen, wie wir sie jetzt erleben, mehr Geld in ihre alte Heimat«, sagt Tabea Lakemann, Entwick- lungsökonomin am Hamburger Giga-Institut. Doch weil es vielen afrikanischen Arbeitsmigranten in Europa oder den USA schlechter gehe, greife die- ser Versicherungsmechanismus nun weniger. Zwar versuchten viele afrikanische Regierungen, die Kri- senfolgen durch Transferzahlungen auszugleichen, aber für weitreichende Maßnahmen fehle ihnen der finanzielle Spielraum: »Die Rücküberweisungen wer- den eigentlich jetzt gebraucht.« (epd)